LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN
15. Wahlperiode

Drucksache **15/2364**

12.07.2011

Neudruck

Antrag

**der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Politische Bildung stärken – Pluralität fördern

Deutschland und ganz Europa sind zutiefst geprägt von den politischen Umwälzungen des 20. Jahrhunderts. Die deutsche Geschichte und vor allem die Erfahrungen der Weimarer Republik haben uns gelehrt, dass Demokratie keine einmalige Entscheidung für ein politisches System ist, sondern immer wieder neu erstritten werden muss. Deshalb sehen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNE eine besondere Verantwortung für eine ganzheitliche politische Bildung, die Menschen auf ihrem Weg zu mündigen Bürgern und Bürgerinnen unterstützt.

Aktuell haben die Vorgänge um die rechte Terrorzelle in Zwickau und die Tatsache, dass deren Wirken über Jahre hinweg unentdeckt blieb, in der Öffentlichkeit Entsetzen ausgelöst. Gleichzeitig wurde von vielen VertreterInnen aus Politik und Gesellschaft die Notwendigkeit und Entschlossenheit betont, dieser Bedrohung entschieden entgegenzutreten. Neben den politischen, polizeilichen, ermittlungstechnischen und juristischen Handlungsnotwendigkeiten kommt der politischen Bildung auch vor diesem Hintergrund eine besondere Aufgabe zu.

Die Aufgabe politischer Bildung ist es, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sich alle Menschen politisch einmischen können. Gelebte Demokratie verlangt ein Mindestmaß an politischer Bildung. Politische Bildung leistet einen unverzichtbaren und konstitutiven Beitrag zu unserer demokratischen Staats- und Gesellschaftsordnung. Für den und die Einzelne/n bedeutet dies einen Beitrag zur persönlichen und gesellschaftlichen Orientierung und zur Festigung demokratischer Einstellungen und Werte.

Demokratie basiert auf der Mitwirkung aller Bürgerinnen und Bürger. Die Erziehung von Schülerinnen und Schülern zu mündigen Bürgerinnen und Bürgern und die Unterstützung von Prozessen der Sozialisation in Gesellschaft sind daher zentrale Bildungsaufgaben. Der Schule kommt damit eine große Verantwortung bei der Vorbereitung von Schülerinnen und Schülern auf das Zusammenleben in einem freiheitlichen demokratischen Staat zu.
Die rot-grüne Koalition begreift politische Bildung als Querschnittsaufgabe, die sich auf das gesamte Schulleben erstreckt. Nicht nur die Sicherung eines fachlich fundierten Politikunterrichts, inklusive der Vermittlung von Sach- und Urteilskompetenzen über politische Strukturen, Institutionen und deren Aufgaben, ist eine wesentliche Voraussetzung für politische Bildung. Zentral ist auch die Schaffung einer Lehr- und Lernkultur, in der Demokratie gelernt und gelebt wird. Neben den Lerninhalten gehört also auch eine demokratische Schulkultur zu einer ganzheitlichen politischen Bildung. Der Landtag hat durch die Wiedereinführung der Drittelparität in Schulkonferenzen in diesem Bereich bereits einen wichtigen Schritt vollzo-

Datum des Originals: 12.07.2011/Ausgegeben: 01.12.2011 (12.07.2011)

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

gen. Hier bietet sich die Möglichkeit für die Schülerinnen und Schüler, Mitbestimmung auszuüben und gleichzeitig demokratische Prozesse zu erleben.

Neben dem praktischen Erlernen demokratischer Werte und der Strukturen des politischen Systems und der Gesellschaft, kommt vor allem der kritischen Aufarbeitung der deutschen Geschichte und der Erinnerungsarbeit eine zentrale Bedeutung zu. Wir stehen zu der Verantwortung, die Erinnerung an die Zeit des Nationalsozialismus im kollektiven Gedächtnis wachzuhalten. Wir wollen deshalb die Erinnerungsarbeit an die Verfolgung und Vernichtung von Millionen von Menschen fördern und sie in den Schulen, an außerschulischen Lernorten und in der Erwachsenenbildung stärken.
Wir bekennen uns gleichermaßen zu einer kritisches Aufarbeitung der DDR-Geschichte als wichtigen Beitrag zur politischen Bildung.

Politische Bildung ist aus unserer Sicht das zentrale Instrument im Kampf gegen Extremismus, Diskriminierung, religiösen Fanatismus und Demokratiefeindlichkeit. Dieser Bedeutung hat der Landtag Nordrhein-Westfalen auch durch die Aufstockung der Mittel für die politische Bildungsarbeit mit der Verabschiedung des Haushalts 2001 Rechnung getragen. Dabei kommt einer aktiven Antidiskriminierungsarbeit und der Erziehung zu Toleranz eine ebenso große Bedeutung zu, wie dem Verstehen politischer und gesellschaftlicher Strukturen und der historischen Erinnerungsarbeit. Dabei gilt es allen Formen von Diskriminierung entgegenzutreten, sei es Antisemitismus, Rassismus, Islamfeindlichkeit, Sexismus oder Homophobie. Vorurteile sind der Nährboden für Diskriminierung und Extremismus und leider sind sie keine Randphänomene, sondern in der Mitte der Gesellschaft verankert und dies unabhängig von gesellschaftlichen Schichten, Alter oder Geschlecht. Sie richten sich zudem nicht nur gegen Minderheiten und Unbekanntes, sondern beginnen bereits bei solch grundlegenden Merkmalen wie dem Geschlecht.
Diesen Vorurteilen kann nur durch aktive Aufklärung und die Möglichkeit der Begegnung entgegengewirkt werden. Auch dies ist unverzichtbarer Teil politischer Bildung.

Aufgabe politische Bildung ist auch das Sichtbar- und Verstehbarmachen gesellschaftlicher Strukturen. Zentrales Ordnungsprinzip unserer Gesellschaft ist auch heute noch das Geschlechterprinzip. Gendersensible Bildung ist eine Kernkompetenz für Erzieherinnen und Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer, Schülerinnen und Schüler, sowie alle in der politischen Bildung Tätige auf dem Weg in eine geschlechtergerechte Gesellschaft.

Der Landtag von Nordrhein-Westfalen fordert daher die Landesregierung auf,

1. politische Bildung und Antidiskriminierungsarbeit im Rahmen der Schulausbildung zu stärken und Maßnahmen zur Förderung des politischen Bewusstseins von Kindern und Jugendlichen zu fördern,
2. bestehende Maßnahmen zum Abbau von Intoleranz und Diskriminierung fortzuführen und auf die Bereiche auszuweiten, in denen sich Notwendigkeiten für solche Maßnahmen ergeben.
3. in der Ausbildung von in der (politischen) Bildung Tätigen, sowie in der Arbeit mit Kindern, Jugendlichen, Schülerinnen und Schülern die Förderung interkultureller Kompetenzen und gendersensibler Ansätze auszubauen und zu fördern.

Norbert Römer
Britta Altenkamp
Renate Hendricks
Sören Link
Rainer Bovermann

und Fraktion

Reiner Priggen
Sigrid Beer
Josefine Paul

und Fraktion